

Bilaterale Verhandlungen

## Bei den Beziehungen Schweiz – EU sind weiter viele Fragen offen



Von Dora Schöls

Mi, 10. November 2021 um 10:23 Uhr

Wirtschaft

Im Mai ist das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU endgültig gescheitert. Die Verantwortung dafür sehen Forscher in der Schweiz. Was sind die Folgen? Wie kann es weitergehen?



In der Grenzregion etwa um Basel wird eng zusammengearbeitet. Foto: Daniel Gramespacher

"Politischer Betriebsunfall", "mittlerer Störfall", "Scherbenhaufen": Klare Worte für das Scheitern des Rahmenabkommens zwischen Schweiz und EU gab es beim Denkraumforum am Montagabend in Konstanz, organisiert von einem Verbund aus

Forschungseinrichtungen der Bodenseeregion in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) Hochrhein-Bodensee. Die Referenten sahen die Verantwortung für das Scheitern vor allem in der Schweiz. Perspektiven, wie es jetzt weitergehen kann, gab es aber kaum.

## Wie wichtig sind die Beziehungen in der Grenzregion?

Dass man an Hochrhein und Bodensee auf die grenzüberschreitenden Beziehungen nicht verzichten kann, machte Claudius Marx, Geschäftsführer der IHK Hochrhein-Bodensee, sehr deutlich. "Wir sind viel mehr als verflochten. Wenn man das abbindet, gehen die Lichter aus." Die Hälfte der Schweizer Exporte gingen in die EU, zwei Drittel der Importe kämen aus der EU. Auch andersherum sei die Schweiz ein wichtiger Handelspartner, gerade für Baden-Württemberg. Die Grenzgänger bringen ihr Einkommen aus der Schweiz mit, gleichzeitig seien Städte wie Basel von ihnen abhängig. Eine große Rolle spiele auch der Einkaufstourismus. Dass er im Corona-Lockdown abgeschnitten war, habe gezeigt: "Beiden Seiten geht es besser, wenn die Grenze nicht als solche wahrgenommen wird."

**Drohende Engpässe: Was das gescheiterte Rahmenabkommen EU-Schweiz für Baden-Württemberg bedeutet**

## Warum ist das Rahmenabkommen gescheitert?

Die Europäische Union und die Schweiz wollten ihre Beziehungen auf ein solides rechtliches Fundament stellen. Doch nach sieben Jahren brach die Schweiz im Mai die Verhandlungen ab, weil man sich bei der Personenfreizügigkeit nicht einigen konnte. Gerald Schneider, Professor für Internationale Politik der Universität Konstanz, sah bei der Schweiz zwei Fehler: Man habe sich als David gegen Goliath begriffen, nur ohne Schleuder – und man habe das Maximale gefordert. "Es wurde nicht gut verhandelt." Die liberalen Kräfte in der Schweiz seien geschwächt, es brauche mehr Realismus und mehr Demut. Dem stimmte Christoph Frei, Politikwissenschaftler der Universität St. Gallen, zu. Die Schweiz sei abhängig vom Zugang zu Märkten, das sei den Schweizern aber kaum bewusst. Es hapere an der Kommunikation der politischen Elite mit den Bürgern – und diesen gehe es auch zu gut. Auch die FDP-Bundestagsabgeordnete Ann-Veruschka Jurisch warf der Schweiz "Salamitaktik" und "Verzögerungen" vor. Andererseits könne es auch nicht sein, sagte Jan Atteslander, Leiter für Außenwirtschaft beim Schweizer Wirtschaftsverband Economiesuisse, dass die Personenfreizügigkeit einem Nicht-EU-Mitglied aufgezwungen werde. Dieser Streitpunkt wäre lösbar, "aber auf beiden Seiten fehlt Vertrauen".

## Was sind die Folgen des Scheiterns?

Besonders in der Schweiz wird mit negativen Folgen gerechnet, sagte Roland Scherer, Staatswissenschaftler der Universität St. Gallen. In der Wissenschaft etwa würden EU-Projekte unattraktiver. Ein Problem sei auch, so Atteslander, dass die Abkommen, die bislang gelten, nun erodierten. Etwa beim Strom könne das heikel werden. Und in der Medizintechnik hätten in der Schweiz automatisch die Standards der EU gegolten, "das ist jetzt blockiert". Unternehmen nähmen Schaden, Lieferketten würden blockiert. All dies sei in der Region Hochrhein und Bodensee besonders dramatisch.

**Hintergrund I: Die Handelskammern fürchten eine Eiszeit im Dreiländereck**

**Hintergrund II: Schweizer Forschung nach Scheitern des Rahmenabkommens im Abseits**

## Wie geht es jetzt weiter?

Die Haltung der Schweiz werde sich kaum verändern, prognostizierte Schneider. Es gebe eine "unheilige Allianz" zwischen den Gewerkschaften und weniger starken Sektoren wie der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe. So werde der Protektionismus in der Schweiz zu einer wachsenden Ungleichheit führen. Die EU wiederum habe mit dem Einsatz für Rechtsstaatlichkeit in Polen und Corona andere Prioritäten. Eine Idee kommt aus der Region: Die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) will eine institutionalisierte Plattform gründen, die im Kontakt mit Bern und Berlin

geschlossen für die Region eintreten soll. So könne man zwar nicht den Marktzugang der Schweiz regeln, sagte IBK-Vorsitzender Fredy Fässler, aber vielleicht etwas bewegen.

### **Gescheitertes Rahmenabkommen**

1992 stimmte eine knappe Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), einer Art exklusivem Bund, der mit der EU besondere Beziehungen pflegt. Deshalb ruhte das im gleichen Jahr eingereichte Beitritts-gesuch zur EU. Es wurde schließlich 2016 endgültig zurückgezogen. Inzwischen haben die Schweiz und die EU in zwei Etappen eine Reihe von bilateralen Verträgen abgeschlossen, die zum Beispiel den Zugang zum Europäischen Binnenmarkt oder die Personenfreizügigkeit regeln. Inzwischen bestehen mehr als 120 Einzelverträge. 2014 sprach sich eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer für eine Begrenzung des Zuzugs aus, die dem Prinzip der Personenfreizügigkeit widerspricht. Weil dadurch die Gefahr bestand, dass alle Verträge hinfällig werden, hatte die Schweiz bereits 2013 in Brüssel Verhandlungen unter anderem mit dem Ziel angestoßen, einen solchen Automatismus zu verhindern. So sollte ein Mechanismus gefunden werden, wie zum Beispiel vertragliche Streitfälle künftig geregelt werden könnten. Dazu brauchte es eine Art Rahmenabkommen. Über dieses Abkommen wurde seit 2014 verhandelt. 2020 stimmten die Schweizerinnen und Schweizer gegen Beschränkungen bei der Personenfreizügigkeit, die Verhandlungen schienen auf gutem Weg. Doch die Schweiz hat diese Gespräche nun abgebrochen. *bz*

---

Ressort: **Wirtschaft**

Zum Artikel aus der gedruckten BZ vom Mi, 10. November 2021:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: **PDF-Version herunterladen**

» Webversion dieses Zeitungsartikels: **"Es wurde nicht gut verhandelt"**